



Die Sicherheit von Polizist*innen im Privatleben

Die Polizei wird immer mehr zur Zielscheibe. Nicht nur im Dienst.

Auch privat werden Polizist*innen angegriffen. Das zeigt zuletzt ein Vorfall aus dem Dezember letzten Jahres, als ein 56-jähriger Polizist privat in der Nähe seines Grundstückes in Coswig, Sachsen, wiedererkannt und angegriffen wurde.

Die Vorfälle wiederholen sich leider in den vergangenen Jahren.

➤ **August 2019, Hamm:**
„15 Mann fallen über 4 Polizisten her“

Der Landesvorsitzende der DPoIG NRW, Erich Rettinghaus, meinte dazu: „Diese Tat ist auf das Schärfste zu verurteilen und stellt den Gipfel der stetig steigenden Übergriffe auf Polizeibeamte und Rettungskräfte dar.“ Die Gewalt gegen Polizisten habe mittlerweile ein „unerträgliches Niveau“ erreicht. Er forderte neben einer lückenlosen Aufklärung auch mögliche Höchststrafen bei „derartigen Angriffen“ anzuwenden. Polizeipräsident aus Hamm, Erich Sievert: „Es ist nicht zu

dulden, dass Polizeibeamte in ihrer Freizeit aufgrund ihres Berufes angegriffen werden.“

➤ **März 2021, Berlin:**
„29-jähriger Bundespolizist beim Verlassen seiner Wohnung durch Personengruppe schwer verletzt“

Auskunftssperren könnten ein guter Anfang sein. § 51 Abs. 1 BMG fordert für die Eintragung einer Auskunftssperre das Vorliegen von Tatsachen, die die Annahme rechtfertigen, dass dem Betroffenen oder anderen Personen durch eine Melderegisterauskunft Gefahr für Leib, Leben, Gesundheit, persönliche Freiheit oder ähnliche schutzwürdige Interessen erwachsen können. Zwar ist die Tätigkeit als Polizeibeamter eine exponierte Tätigkeit, doch wird der Tatbestand der Eintragung einer Auskunftssperre damit alleine nicht erfüllt. Das Verwaltungsgericht Frankfurt am Main (Az.: 6 K 9563/17.F, Urteil vom 22. August 2018) stellte fest, dass ein seltener Name und tägliche Konfliktsituationen nicht ohne Weiteres zu dem Anspruch auf Eintragung einer Sperre führen. Eine individuelle Gefährdungssituation oder konkrete Befürchtung, von polizeibekanntem Störern bewusst aufgesucht oder ausgespioniert zu werden, müsste gesehen werden.

Mit der Änderung des Bundesmeldegesetzes im Juni 2020 hat der Bundestag die Eintragungen für Auskunftssperren im Melderegister für Personen, die aufgrund ihrer beruflichen oder ehrenamtlich ausgeübten Tätigkeit im verstärkten Maße Anfeindungen oder sonstigen Angriffen ausgesetzt sind, verbessert. Weiterhin ist die Zuge-



➤ Katja Sorgen

© DPoIG Rheinland-Pfalz (2)

hörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe allein aber nicht ausreichend für die Eintragung einer Auskunftssperre.

■ **DPoIG fordert Auskunftssperre für Polizist*innen**

Beamt*innen besonderer Dienststellen wie Staatsschutz, Verfassungsschutz oder SEK können eine Auskunftssperre beim Einwohnermeldeamt ihrer Heimatstadt beantragen und regelmäßig erneuern lassen. „Es müsste auch jedem anderen Beamten im operativen Dienst möglich sein, dass er auf eigenen Wunsch eine Auskunftssperre beantragen kann“, sagen unisono NRW-DPoIG-Landeschef Erich Rettinghaus und der Landesvorsitzende der DPoIG in Rheinland-Pfalz, Thomas Meyer. Hier bedarf es einer neuerlichen Gesetzesinitiative.

■ **Sollten wir als Polizist*innen auch weitergehend geschützt werden?**

Nach dem schrecklichen Mord von Yasmin und Alex in Kusel haben Menschen im Internet dargestellt, wie sehr sie es feiern würden, weitere Polizisten

zu verletzen oder gar zu töten. Polizist sein bedeutet für viele Menschen „Freund und Helfer“ sein – doch für einige anscheinend leider auch Hass und das Ziel von Wut und Gewalt. „Aus virtueller Wut kann tatsächliche Gewalt erwachsen“, so Innenminister Lewentz. Gerade in Zeiten des Internets und sozialer Plattformen ist es für mögliche Angreifer noch viel zu leicht.

Müssen sich Polizisten hier komplett verdeckt beziehungsweise raushalten? Dürfen sie ihre Persönlichkeit öffentlich nicht zeigen, um möglichst selbst keine Angriffsfläche zu bieten? Natürlich werden wir im Studium frühzeitig sensibilisiert. Die beamtenrechtliche Wohlverhaltenspflicht ist jedem bekannt. Und jeder weiß, dass er in Social Media vorsichtig sein sollte mit dem, was er oder sie von sich preisgibt. Allein durch die dienstliche Tätigkeit ist man so nah an den möglichen Szenarien, dass man Erfahrungen auch für sich höchst persönlich sammelt und in vielerlei Hinsicht automatisch vorsichtiger wird. Aber man ist ja auch nicht 24/7 Polizist. Man möchte auch mit Bekannten in Kontakt bleiben oder Informationen aus Social Media konsumieren. Also wie genau verhalten? Und welche Möglichkeiten und Fürsorgepflichten hat der Dienstherr?

Die Ermittlungsgruppe „Hate Speech“ hat in wenigen Tagen nach den schrecklichen Morden von Kusel über 100 strafrechtlich relevante Beiträge im Netz festgestellt.

Von Hassrede (englisch Hate Speech) spricht man, wenn Menschen oder ganze Personengruppen aufgrund bestimmter Attribute angegriffen werden. Im Internet

Impressum:

Redaktion:
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)
Fürstehofenstraße 6
54329 Konz
Tel. 06501.99605
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de
Landesgeschäftsstelle:
Adam-Karrillon-Straße 62
55118 Mainz
Tel. 06131.234488
Fax 06131.225267
dpolg@t-online.de
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



passiert dies häufig in Form von Kommentaren, Beiträgen, Memes oder Videos. Auch Menschen, die sich öffentlich für diskriminierte Gruppen einsetzen oder sich zivilgesellschaftlich engagieren, können im Netz Zielscheibe hasserfüllter Kommentare, Beleidigungen und Drohungen werden.

Die Landesvorsitzenden der Grünen in Rheinland-Pfalz, Misbah Khan und Josef Winkler, betonten: „Dem Hass Einzelner müssen wir als Gesellschaft und als Rechtsstaat entschieden gegenüberstehen, damit sich auch weiterhin Menschen für die Gemeinschaft einsetzen.“

In Focus online berichtete ein Polizist anonym von fehlendem politischem Rückhalt, und einer Justiz, die in nicht wenigen Fällen zu milde urteilt und so dazu beiträgt, dass die Täter den Rechtsstaat als schwach und inkonsequent wahrnehmen.

Horst Seehofer (CSU) warnte dazu bereits im Sommer 2020: „Eine Enthemmung der Worte führt unweigerlich zu einer Enthemmung der Taten und zu Gewaltexzessen.“

Ein Weckruf an **Politik** und Teile der Medien, den verantwortungsvollen, stressigen, oft schlecht bezahlten und mitunter sehr gefährlichen Job von Polizisten (2019 wurden knapp 70 000 von ihnen Opfer von Widerstandshandlungen und tätlichen Angriffen) nicht länger klein- und schlechtzureden.

Ein Weckruf an die **Justiz**, Angriffe auf Polizisten, seien sie verbal oder körperlich, härter zu bestrafen und die Beamten damit besser zu schützen.

Ein Weckruf an die **Gesellschaft**, den Sicherheitskräften gegenüber endlich wieder mehr Respekt zu zollen.

Vor die Lage kommen. Ein uns allen bekannter polizeitakti-

scher Ausdruck. Oder vielleicht doch ständiger Wunsch statt Realität?

Das Tragen der **Namensschilder** auf der Uniform ist für den Großteil der Bürger*innen hilfreich und macht uns nahbar. Aber was ist mit denen, die uns nicht wohlgesonnen sind? Da wird vielleicht noch schnell und unauffällig mit dem Handy ein Foto oder Video der eingesetzten Polizeibeamten gemacht und schwupps landen Name und „Passbild“ zur Recherche dokumentiert nicht selten im Internet. Es geht schließlich nicht nur um uns, sondern auch um die mögliche Schutzbedürftigkeit unserer Familien.

Teile unserer Gesellschaft verrohen. Hass, der woanders produziert wird, wird bei uns abgeladen. Das macht uns per se nicht zu Opfern. Aber dort, wo Polizei auftrags- und aufgabengemäß für die Gesellschaft grundsätzlich präventiv unterwegs ist, gilt es im Kontext

gleichermaßen auch für uns selbst.

Im Hinblick auf Bedrohungen und Gewalt gegen Kommunalpolitiker wurde 2021 das Internetportal „Stark im Amt“ ins Leben gerufen.

„Das ist mehr als eine neue Website“, betonte Bundespräsident und Schirmherr Frank-Walter Steinmeier, der das Portal mit wichtigen Hilfestellungen für Betroffene freischaltete. „Das ist ein Beweis, dass wir als Gesellschaft nicht hilflos sind.“

Sehr geehrte Kolleg*innen, die DPoIG beobachtet, bewertet und schlussfolgert. Lasst uns an euren Erfahrungen teilhaben. Wir laden euch ein. Schreibt uns an info@dpolgrlp.de. Nur gemeinsam können wir eventuell doch vor die Lage kommen.

Katja Sorgen,
stellvertretende
Landesvorsitzende

Schweigemarsch in Mainz – 1 000 Teilnehmer*innen

Gewerkschaften demonstrieren Einigkeit in der Sache – was kommt jetzt?

Am Freitag nach der Tatnacht habe ich mit unserem Inspekteur Jürgen Schmitt telefoniert. Von benachbarten Landesverbänden lagen Anfragen vor, ob eine Teilnahme von Kolleg*innen aus dem Bundesgebiet an Gedenkfeiern oder Ähnlichem angedacht sei.

Die Idee von einem Schweigemarsch durch die Mainzer Innenstadt war geboren. Es war allen Gewerkschaften wichtig, ein Zeichen zu setzen. Ein Zeichen mit pietätvollem Abstand zu dieser schrecklichen Tat.

Die Frage nach dem Warum steht nach jedem Polizeieinsatz im Raum. Debriefing auf Neudeutsch. Dies sollte und muss so sein. Während die Ermittlungen noch laufen, setzen Denkprozesse ein. Analysieren und versuchen die richtigen Schlüsse zu ziehen.

Fakt ist: Die Kolleg*innen im Streifendienst trifft es in der Regel unvorbereitet. Wie will man sich also auf etwas vorbereiten, was man nicht kennt? Mit jedem Einsatz wird man ein Stück feinfühlicher, aufmerksamer, am Ende routinierter. Ein Vorteil?



© DPoIG Rheinland-Pfalz (2)



Die Deutsche Polizeigewerkschaft sieht vier Handlungsfelder:

1. Aus- und Fortbildung im Bereich des einsatzmäßigen Schießens und bei Fahrzeug- oder Personenkontrollen sowie die Einsatzvor- und Einsatznachbereitung
2. Überprüfung der Fahrzeug- und Einsatzrüstung
3. Einsatz von künstlicher Intelligenz und Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen -> Datenschutz contra Polizistenschutz

4. Bekämpfung und Verfolgung von Hass und Gewalt im Netz

„Stillstand ist der Tod“ wusste schon Max Frisch. „Zitate helfen nicht wirklich weiter“, sagt Meyer, „aber wenn es um den Tod von Menschen, eines jungen Kollegen und einer noch jüngeren Kollegin geht, darf und muss über alles nachgedacht werden, um künftig mindestens einen kleinen Schritt zum Schutz unserer Polizei nach vorne zu machen.“

*Thomas Meyer,
Landesvorsitzender*

> Korrektur

DPoIG-Fachverband Kommunalen Vollzugsdienst beim Landkreistag

In der vorhergehenden Ausgabe war dieses Foto irrtümlicherweise bereits ohne den dazugehörigen Text abgedruckt.



> Harald Pitzer, Anne Meiswinkel, Mario Weyand, Simon Schweißthal (von links)

Es zeigt die Vertreter des Fachverbandes Kommunalen Vollzugsdienst bei einem Besuch der Geschäftsstelle des Landkreistages Rheinland-Pfalz in Mainz. Dabei kam es zu einem interessanten und umfangreichen Austausch mit dem Beigeordneten Harald Pitzer und der Referentin Anne Meiswinkel.

Während vonseiten des Fachverbandes die allgemeinen Standpunkte und die fachliche Bewertung des Istzustandes vorgetragen und begründet wurden, erläuterten die beiden Vertreter die Positionen des Landkreistages.

Am Ende des angenehmen und auch aufschlussreichen Gesprächs verblieb man in der Übereinkunft, dieses Gesprächsformat in Zukunft regelmäßig stattfinden zu lassen.

© DPoIG Rheinland-Pfalz

Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Der Hauptpersonalrat hat in seiner Sitzung am 5. April 2022 im PP Westpfalz folgende Punkte behandelt:

Dienstzweigwechsel: Anträge der PP'en Westpfalz und Trier hinsichtlich der Ausnahme genehmigung zur Zulassung von Beamt*innen zum Dienstzweigwechsel S zu K

Der Hauptpersonalrat stimmte dem Dienstzweigwechsel von der Schutzpolizei zur Kriminalpolizei zweier Beamter des Bewährungsaufstieges des PP WP sowie mehrerer Beamt*innen im PP TR zu.

Vorgezogene Fortbildungsqualifizierung für den Bereich Verwaltung – Landeskriminalamt

Der Hauptpersonalrat stimmte einer vorgezogenen Fortbildungsqualifizierung nach A 11 im Bereich der Verwaltung des LKA zu.

Organisationsänderung innerhalb des LKA, Abteilung 5

Es ist beabsichtigt, das Dezernat 51 organisatorisch zu verändern. Hier sollen mehrere Arbeitsbereiche zusammengeführt und gebündelt werden. In Dezernat 51 sollen zukünftig phänomenübergreifende Aufgaben sowie organisatorische Aufgaben wahrgenommen

werden. Mit der Aufgabenverlagerung soll das Dezernat 51 in „Einsatz/Grundsatz/Wissenschaft“ umbenannt und in drei Sachgebiete gegliedert werden. Es ist beabsichtigt, die Leitung des Dezernats im Zuge der Organisationsänderung dem 4. Einstiegsamt zuzuordnen. Aufgrund dessen ist beabsichtigt, die Leitung des Dezernates 53 – PMK Ausländer/ Internationaler Terrorismus – zukünftig dem 3. Einstiegsamt zuzuordnen.

Neufassung der PDV 600 der Polizei Rheinland-Pfalz

Der Hauptpersonalrat stimmte der neuen PDV 600 „Einsatzmittel- und Materialmanagement in der Polizei des Landes Rheinland-Pfalz“ zu.

In der Vorschrift werden insbesondere die Grundsätze zum Führen von elektronischen Inventarverzeichnissen sowie die damit zusammenhängenden Prozesse in den betroffenen Fachbereichen beschrieben.

Die Neufassung der PDV 600 RP enthält, neben redaktionellen Anpassungen, nunmehr auch die Bestimmung von



Fachbegriffen und damit einhergehend eine ganzheitliche Betrachtung des Inventars der Polizei (FEM, Bekleidung und Material).

INSIDER – Erhebungen zum Teilprojekt 1 und zum Teilprojekt 3

Der Hauptpersonalrat stimmte dem Teilprojekt 1 „Resilienzfördernde Arbeitsbedingungen, Bewältigungsprozesse und -strukturen“ (Herr Prof. Dr. Conny H. Antoni) sowie dem Teilprojekt 3 „Gesellschaftliche und polizeiliche Erwartungen

im Rahmen wechselseitiger Erfahrungen – Leitende (Be-) Wertungen und Handlungen“ von INSIDER (Herr Prof. Dr. Martin Endreß); Erhebungen in Form von teilnehmenden Beobachtungen, zu.

Durchführung einer kleinen Umfrage im Rahmen der Erstellung eines Anforderungsprofils für Oberbekleidung der Standarduniform

Es ist beabsichtigt, alle Schutzpolizist*innen der Polizeipräsidien Rheinland-Pfalz und Westpfalz stellvertretend für alle PP'en zu

der derzeit getragenen Oberbekleidung (Anorak, Windbreaker, Lederjacke und Diensthemden) mittels Fragebögen zu befragen. Es werden unter anderem Fragen zum Gewicht, der Beweglichkeit, der Erreichbarkeit der FEM sowie der Kompatibilität mit den Schutzwesten gestellt.

Technische Leistungsbeschreibung für die Beschaffungsmaßnahme eines neuen Polizeibootes der Wasserschutzpolizei

Der HPR stimmte der technischen Leistungsbeschreibung für die Beschaffung eines neuen Polizeibootes der Wasserschutzpolizei zu. ■

> Veranstaltungshinweis

Vom **13. bis 17. Juli 2022** findet unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin Malu Dreyer in Trier das Bundesseminar des Verbandes lesbischer und schwuler Polizeibediensteter Deutschland (VelsPol) statt.

Endlich wieder „Bund“gemischt

Bundesjugendkonferenz 1/2022

„Bundesweit zu Hause“ war jahrelang das tragende Motto der JUNGEN POLIZEI. Denn Austausch und gemeinsame Zusammenarbeit über die Grenzen des eigenen Bundeslandes hinaus sind der Schlüssel zu einer erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit. Die weltweite Coronapandemie versetzte diese wichtige Zusammenarbeit jedoch in eine Art Winterschlaf. Digitale Konferenzen gestalteten sich ohne persönlichen Kontakt auf Dauer schwierig.

Doch nun, nach zwei langen Jahren, fand endlich die langersehnte erste Präsenzveranstal-

tung statt. Unter Einhaltung der aktuellen Coronaschutzmaßnahmen folgte Rheinland-Pfalz mit einer starken Delegation, bestehend aus den beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Sebastian Hahn (PI Zweibrücken) und Cassandra Poll (HdP, BA 24), der Einladung nach Magdeburg zur 1. Bundesjugendkonferenz 2022. Katja Sorgen, die zudem der Bundesjugendleitung angehört, komplettierte das rheinland-pfälzische Trio vor Ort.

Eröffnet wurde die Veranstaltung durch motivierende Worte des Bundesvorsitzenden der DPoIG, Rainer Wendt, und

Thorsten Grimm (Bundesleitung DPoIG). Beide betonten die Wichtigkeit einer starken Nachwuchsorganisation innerhalb der Gewerkschaft. Weiter kristallisierte sich vor allem der Bundesjugendtag der dbb jugend als zentrales Thema der Konferenz heraus. Dort wird Anfang Mai eine neue Bundesjugendleitung des Dachverbandes gewählt. Die Einflussnahme als größte Jugendorganisation im dbb ist für die JUNGE POLIZEI daher besonders ausschlaggebend.

Ein weiteres zentrales Thema stellte der Bundesjugendkongress im November 2022 dar. Auch dort wird eine wichtige Wahl stattfinden. Die Leitung



der JUNGEN POLIZEI auf Bundesebene wird neu gewählt. Aufgrund der Altersgrenze können Katja Sorgen, Michael Haug und Matthias Hoppe nicht erneut kandidieren. William Bobach und Behnam Teimouri Hashtgerdi werden sich wieder zur Wahl stellen. Ein Team mit neuen Gesichtern wird die JUNGE POLIZEI dann auf Bundesebene für die Amtszeit der nächsten fünf Jahre vertreten.

Mit vielen frischen Ideen und neuer Inspiration reisten die rheinland-pfälzischen Delegierten nach zwei aufregenden Tagen zurück in ihre Heimat. Beindruckt vom gegenseitigen Austausch freuen sich Sebastian, Cassandra und Katja schon auf den Bundesjugendtag der dbb jugend im Mai.

Wir werden berichten.

*Cassandra Poll,
stellvertretende Vorsitzende
der JUNGEN POLIZEI RLP*

